

Presseaussendung (Wien)

Umweltschutz und namhaften Experten klar den Vorrang geben: Vorfahrt für Einweggetränkepfand

„Die Einführung eines Einweggetränkepfandes in Österreich ist eine ganz wesentliche Lösung, um Schäden und Verschmutzungen in der Natur und Umwelt zu vermeiden. Wir wollen, dass das lästige und schädliche achtlose Verschmutzen, das Littering, der Vergangenheit angehört!“, fordert Bürgermeister Roland Wohlmuth, Vize Präsident der Arbeitsgemeinschaft österreichischer Abfallwirtschaftsverbände (argeAWV.at) und Vorsitzender des oö Landesabfallverbandes. „Wir appellieren an Umweltministerin Gewessler den Empfehlungen der Studie, die durch ihr eigenes Haus veröffentlicht wurde, zu folgen. Die gesetzliche Einführung eines Einweggetränkepfandes, die vorgeschlagen wird, ist ein Gebot der Stunde. Sie ist auch ebenso ein wesentlicher Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz.“

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2019 als Reaktion auf die weltweiten Berichte über Plastikverschmutzung in den Meeren die Single-Use-Plastics-Richtlinie erlassen. Österreich hat bis Juli 2021 Zeit, diese Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Dadurch tritt ein Einweg-Plastik-Verbot, unter anderem für Besteck, Teller, Geschirr, Trinkhalme, sowie Lebensmittelbehälter und Getränkebecher aus aufgeschäumten Kunststoffen (Polystyrol) in Kraft.

Wohlmuth unterstreicht zudem, dass die Umsetzung des EU-Kreislaufwirtschaftspakets und die Erfüllung von Recyclingquoten, die in diesem Zusammenhang zu erwähnen sind, nicht den Kommunen und der allgemeinen Öffentlichkeit überantwortet werden kann: „Die Hersteller sind klar aufgerufen die Ziele und gesetzlichen Vorgaben der EU zu erfüllen. Adressaten der EU Aufgaben in Sachen Kreislaufwirtschaft sind Industrie und Wirtschaft, die Hersteller von Getränkeverpackungen. Die Erfüllung von bestimmten Rücklaufquoten, durch unterschiedliche Sammelverfahren, kann nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. Ein Einweggetränkepfand zur Erfüllung der Vorgaben schafft daher Klarheit und Planungssicherheit für alle Beteiligten.“

„Die kommunale Abfallwirtschaft erwartet sich in der Diskussion um Umweltschutz ganz klar, dass Industrie und Wirtschaft ihrer Herstellerverantwortung nachkommen. Abfüller, Handel und Importeure können die Kosten der Umweltverschmutzung und -schäden ihrer Produkte nicht auf die Allgemeinheit, also die Kommunen und die Bevölkerung, abwälzen“, zeigt sich Wohlmuth überzeugt. „Wir alle tragen Verantwortung für unsere Umwelt und Natur. Nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern alle Beteiligten müssen ihren Teil dazu leisten. Niemand ist hier ausgenommen“, gibt sich der Vize Präsident bestimmt.

In zahlreichen Diskussionen der Stakeholder über Getränkeverpackungen ist man sich auf Augenhöhe begegnet. Bereits im Vorfeld hat man sich sachlich auf jene Fragen geeinigt, welche die Pfandstudie umfassen. Ebenso wurde vereinbart, dass die Ergebnisse von allen Stakeholdern anerkannt und als Handlungsempfehlung für die politischen Entscheidungen akzeptiert werden. WOHLMUTH: „Wir fordern das Versprechen der Industrie und Wirtschaft ein, dass wir gemeinsam

die Single-Use-Plastics-Richtlinie in Österreich so umsetzen, wie es die Experten vorschlagen. Wir sehen uns an die gemeinsamen Vereinbarungen verantwortungsvoll gebunden.“

WOHLMUTH: „Die Ergebnisse der Pfandstudie liegen eindeutig auf dem Tisch. Wir fordern eine umgehende und zügige Umsetzung im Sinne unserer Umwelt ein. Die Bevölkerung befürwortet mit 61% ein solches Einweg-Pfand und verbindet Pfand mit Mehrweggebinden.“

Für die kommunale Abfallwirtschaft ist das unachtsame Wegwerfen von Müll in die Landschaft (= Littering) ein massives Problem. Die österreichischen Abfallwirtschaftsverbände organisieren gemeinsam mit den Ämtern der Landesregierungen seit Jahrzehnten sogenannte Flurreinigungsaktionen, um den Müll aus den Straßengräben, aus den Parks und aus der Landschaft zu sammeln. „Im Vorjahr haben in ganz Österreich an über 3.000 Aktionen fast 200.000 Personen teilgenommen und 1.000 Tonnen Müll gesammelt. Nach ersten Erhebungen und Sortieranalysen wie zum Beispiel in Salzburg, wissen wir, dass gemessen an der Stückzahl, Getränkeverpackungen über drei Viertel des so problematischen, gelitterten Mülls ausmachen. Wir mahnen daher die Abgeltung hunderttausender Freiwilligenstunden der Bevölkerung und der Abfallentsorgungskosten durch Littering in den Gemeinden ein. Umweltschutz gibt es auch für Industrie und Wirtschaft nicht zum Nulltarif. Wer die Zukunft und Menschen ernstnimmt, der lässt sie nicht mit der Rechnung für Umweltverschmutzung im Regen stehen“, erläutert WOHLMUTH.

Inhalt der Pfandstudie

Die Empfehlung der Experten (Technisches Büro Hauer, Institut für Abfallwirtschaft der Universität für Bodenkultur, Montanuniversität Leoben) lautet ganz klar:

- Einführungen eines Einweg-Pfands mit 0,3 € pro Stück auf alle Getränkeverpackungen aus Kunststoff und Metall
- Beobachtung der Getränkeverpackungen aus Glas und Verbundkartons
- Abgeltung der Kosten an den Handel
- Aufbau einer „Zentralen Stelle“ zur Abwicklung der verschiedenen Ströme (Daten, Geld, Material)
- Maßnahmen zur Steigerung der Verwendung von ökologisch noch besseren Mehrweg-Getränkeverpackungen.

Roland Wohlmuth präzisiert: „Das **teuerste Kostenmodell aus der Pfandstudie**, bei der drei Viertel des Restmülls sortiert werden, um eine 90%-ige getrennte Sammlung der Getränkekunststoffflaschen zu erreichen, **kostet 145 Mio. €** pro Jahr. Ein aufmerksamer Blick auf die Kosten des **Einweggetränkpfands**, mit **117 Mio. €** pro Jahr, zeigt den klaren Vorzug dieser Lösung. Das Einwegpfand ist mit der höchsten Sammelquote von 95 %, die bei einer Pfandhöhe von 30 Eurocent zu erwarten ist, zudem auch die ökologisch vorteilhaftere Variante.

Reaktion auf Aussagen von Anderen

Mit der Einführung eines Einweg-Pfands entspricht man auch der Forderung des Getränkefachverbandes, der sowohl die ökonomisch als auch ökologisch beste Variante politisch umsetzen möchte und seine Mitwirkung versichert hat.

Die von der ARA-AG vorgebrachten Bedenken, dass es zu einem Parallelsystem in der Abfallwirtschaft käme, sind nicht schlüssig. Schon bei der Einführung der Verpackungsverordnung im Jahr 1993 hätte man dies ins Treffen führen können. Außerdem bliebe mit dem Einweggetränkepfand in den Sammeleinrichtungen mehr Platz für die übrigen Kunststoffverpackungen. Wohlmuth zeigt sich überzeugt: „Bedenken des Handels können wir dahingehend auch ausräumen, als die Rücknahme der Einweggetränkeverpackungen für ihn kostenneutral angesetzt wird und er seine Aufwendungen ersetzt bekommt“.

Dass sich die Wirtschaft zudem bereits auf die Einführung eines Einweggetränkepfandes vorbereitet, zeigen zahlreiche Aussendungen der Industrie und Wirtschaft, darunter renommierte Firmen der Getränkeindustrie, wie Coca-Cola und von Recyclingspezialisten wie der Reclay/UFH GmbH. Die österreichische kommunale Abfallwirtschaft unterstützt zudem die Forderung von Nicht-Regierungsorganisationen (Greenpeace, WWF, global2000) nach einer erhöhten Verwendung von Mehrweggetränke-Verpackungen, weil sie aus Sicht der Ressourcenschonung die ökologischere Variante darstellt.

Wohlmuth resümiert: „Wir arbeiten Tag für Tag für die österreichische Bevölkerung in Sachen Kreislaufwirtschaft. Industrie und Wirtschaft sind dabei Partner. Lassen sie uns gemeinsam den Experten folgen und leisten wir einen wesentlichen Beitrag für unsere Umwelt mit einer Pfandlösung.“

Über die ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände

Die ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände ist die Informationsdrehscheibe und Interessensvertretung von acht Landesverbänden für die kommunale Abfallwirtschaft und den rund 80 Regionalverbänden. Sie vertritt die kommunalen Interessen in fachlicher Zusammenarbeit mit Gemeindebund und Städtebund. Mit Müllgebühren in Höhe von rd. 600 Mio. EURO werden jährlich 4 Mio. Tonnen Siedlungsabfälle von Gemeinden, Städten und Verbänden gesammelt, verwertet und entsorgt. Ein Volkswirtschaftlicher Nutzen von 1.235 Mio. EURO wird damit gestiftet und 14.800 Personen beschäftigt.

Rückfragen:

ARGE Vizepräsident Bgm Roland Wohlmuth
& Vorsitzender oö Landesabfallverband
Tel.: +43 676 845907200
E-Mail: roland.wohlmuth@umweltprofis.at
Schubertstrasse 4
4020 Linz

ARGE- Bundeskoordinator Dr. Johann Mayr
Tel.: +43 664 390 97 20
E-Mail: hans.mayr@argeawv.at